

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 34 (1993)
Heft: 7

Artikel: Wenig Chancen auf Erfolg
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092711>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 04.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić zur neuen Regierung «Restjugoslawiens»

Wenig Chancen auf Erfolg

Seit der Wahl im Dezember vergangenen Jahres hat es nun über zwei Monate gedauert, bis endlich eine neue Bundesregierung in «Restjugoslawien» eingesetzt wurde. Der Grund: Die beiden Teilrepubliken Serbien und Montenegro konnten sich nicht über Vertretungsverhältnis und Ämterverteilung einigen. Ein montenegrinischer Abgeordneter beschrieb denn auch die heutige Zusammensetzung als Ergebnis eines «Rosshandels».

Allein die Tatsache, dass in einer äusserst angespannten Zeit eine neu zusammengesetzte Verwaltung ohne Regierung bestand und dass man sich lieber auf endloses Gezänk als auf den dringend nötigen Neubeginn konzentrierte, lässt einen skeptisch werden über das künftige Verhältnis der beiden Republiken zueinander. Das Geplänkel bestätigt denn auch eher jene Skeptiker, die bei der Ausrufung des «dritten Jugoslawien» vor einem Jahr davor warnten, dass die Konzeption des neuen Staates unausgegoren sei; ganz zu schweigen von jenen Mahnern, die im neuen Bundesstaat ausschliesslich ein Instrument zur Ausdehnung der Macht des serbischen Präsidenten Slobodan Milošević sahen.

Staatswappen statt Staatsgeschäfte

Deshalb auch plädierte damals der neugewählte Präsident Dobrica Čosić bei seinem Amtsantritt im Juni 1992 für eine Verfassungsänderung, um die gegenseitigen Beziehungen zwischen Montenegro und Serbien und des Bundesstaates klar abzugrenzen. Leider wurde daraus bis jetzt nichts. Hingegen liess sich das neue Parlament inzwischen auf Diskussionen über jene Verfassungsbestimmungen ein, die sich auf Staatswappen und -fahnen beziehen, als ob das die dringenden Aufgaben wären.

Der eigentliche Grund für solches Verhalten liegt in der völlig unproportionierten Vertretung von Serbien und Montenegro. In allen Merkmalen gleichen sich die beiden wie der Elefant einer Maus: Staatsgebiet, Bevölkerungszahl, landwirtschaftliche und industrielle Produktion — alles ist in Serbien 10- bis 15mal grö-

ser als in Montenegro, und dementsprechend ist auch die serbische Vertretung, ob nun bei den Finanzen oder bei den Soldaten im Bundesheer. Von daher kommt auch die Neigung führender serbischer Politiker, Montenegro als eine am serbischen Schiff angetaute Nusschale zu betrachten.

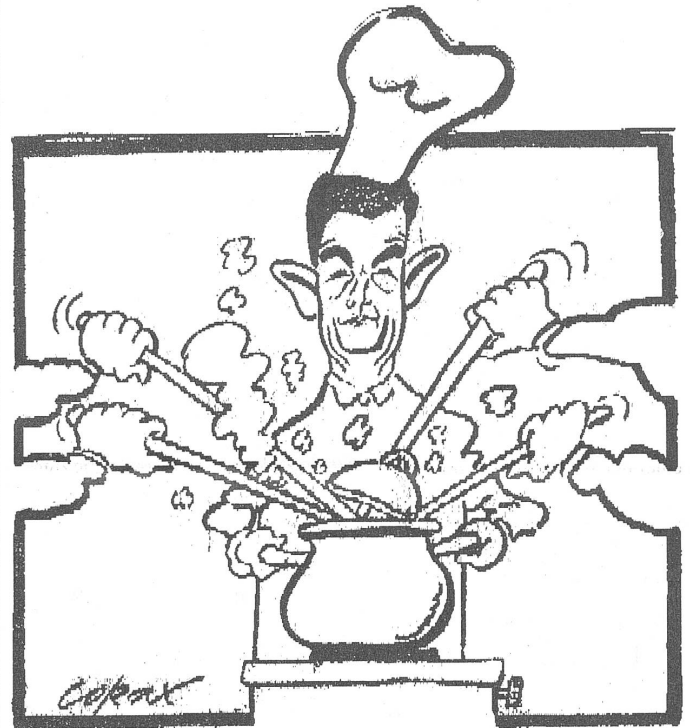
Montenegro als Nusschale am serbischen Schiff

Montenegro wiederum, das seit Jahrhunderten Autonomie genoss und ein eigenes Nationalbewusstsein hat, wehrt solche serbischen Versuche energisch ab und fordert Gleichberechtigung in der neuen Gemeinschaft. Beide sehen dabei durchaus die Notwendigkeit eines gemeinsamen Bundesstaates ein, da sie aber ihre Interessenkollisionen bisher nicht zu lösen vermochten (und die Lösung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben), wurde der Ausweg in so allgemein formulierten Verfassungsbestimmungen gefunden, dass jede Interpretation möglich ist. So kann jede Seite ihre eigene Politik führen und der Bundesbehörde nur das abtreten, woran sie sowieso kein Interesse hat und ihr opportunistisch erscheint. Ein solcher Staat kann auch ohne gemeinsame Bundesbehörde auskommen, wie dies jetzt der Fall war.

Auch die neue Regierung widerspiegelt dieses Bild. Ministerpräsident ist Radoje Kontić, ein Montenegriner, da, wie es die Verfassung vorschreibt, der Regierungspräsident nicht aus der gleichen Republik sein darf wie das Staatsoberhaupt; denn Bundespräsident Dobrica Čosić ist bekanntlich aus Serbien. Daneben stellt Montenegro auch den Vizepräsidenten und vier der 17 Minister, nämlich den Handels-, Arbeits-, Verteidigungs- und Verkehrsminister. Das wichtigste Amt ist dabei das Verteidigungsministerium, das allerdings in der jetzigen Machtkonstellation wenig Einfluss hat.

Skepsis in der Opposition

Die montenegrinischen Politführer haben denn auch schon darüber ihren Unmut kundgetan. Das zurzeit



Viele Köche verderben den Brei – der Hauptkoch aber hat die Schuld zu tragen (aus: «Borba» vom 3.3.1993).

wichtigste Amt, das Aussenministerium, hat der Milošević-Vertraute Vladislav Jovanović inne. Dieser hatte dieses Amt bereits unter der Regierung Panić bekleidet, aber nach kurzer Zeit mit der Begründung niedergelegt, «dass Panić es unterlassen habe, in geeigneter Weise die Nationalinteressen und die Würde des Landes zu schützen». Vor seinem Amtsantritt war Jovanović Aussenminister in der serbischen Regierung, in die er auch nach seinem Ausscheiden zurückgekehrt war.

«Mit Ministern wie dem neuen alten Vladislav Jovanović, die uns vor die Tür der internationalen Gemeinschaft gesetzt haben, erwartet uns nur noch grössere Isolation und noch mehr Schamgefühl», meinte der Vorsitzende der Serbischen Erneuerungsbewegung, Vuk Drasković, als er auch das Denken anderer unzu-

friedener Oppositionsparteien formulierte. Mindestens Reserviertheit äusserte das Mitglied der herrschenden montenegrinischen Demokratischen Partei der Sozialisten, Milan Gajović, der als Grundbedingung für die Aufhebung der gegen «Jugoslawien» verhängten Sanktionen anführt, «dass uns im Ausland Leute vertreten, die glaubwürdig sind und die bereit sind, die angenommenen Verpflichtungen auch zu erfüllen».

Die serbische Opposition missbilligt auch andere Minister ihrer Republik: «Da wurden ausgediente Politiker, unbekannte Leute und Fachunkundige zusammengestellt, was in erster Linie eine Schande für die Sozialistische Partei ist, wenn sie keine besseren Kandidaten anzubieten hat... die schlimmste Zusammenstellung, die in letzter Zeit auf unserer Politbühne aufgetreten ist», schreibt die

Demokratische Partei Serbiens. «Die jetzige Garnitur von Präsident Kantić könnte mit dem Attribut »Regierung der Nationalkatastrophe« bezeichnet werden», so die Reformdemokratische Partei der Voivodina und die Demokratische Partei von Voivodina. »Wir sind von der Zusammensetzung der Regierung beeindruckt, weil sie sehr heterogen ist und weil unter ihren Mitgliedern auch solche sind, die nationale Ausschlusslichkeit, Krieg und Intoleranz gegen politisch Andersdenkende befürworten«, meint die Sozialdemokratische Partei.

Auch Kantić eine Marionette Serbiens?

Anders als die Opposition schätzt einer der Jungführer der Sozialistischen Partei Serbiens, Goran Perčević, »dass die Regierung ein ziemlich starkes Team ist, mit dem es Ministerpräsident Kantić gelingen wird, eine homogene Equipe zu bilden«. Beiläufig sei hier erwähnt, dass die serbische Opposition nicht die Minister aus Montenegro kritisiert und dass die montenegrinische Opposition ihrerseits in ihrer Kritik an der Zusammensetzung der Regierung zurückhaltender ist, weil sie die Probleme berücksichtigt, die Kantić bei der Auswahl seiner Minister in den Weg gelegt worden sind.

In einem seiner ersten Interviews nach dem Amtsantritt spielte Kantić gegenüber der Wochenzeitung NIN (vom 19. März 1993) den auf ihn ausgeübten Druck hinunter, indem er zu beweisen versuchte, dass die Zusammensetzung durchaus seinem Wunsch entspreche und er deshalb mit der Mannschaft zufrieden sei. Im selben Interview erklärte er, er habe bei der Festlegung des Regierungsprogrammes zusammen mit den politischen Führern Serbiens und Montenegros die Grundfrage aufgeworfen, »ob wir einen gemeinsamen Staat im Einklang mit dem aufbauen wollen, was in der Verfassung des Bundesstaates festgelegt worden ist«. Unterstützung sei ihm, so Kantić, zugesichert worden.

Inzwischen aber wurden keine Verfassungsänderungen vorgenommen, die dem Staat das Prädikat »gemein-

sam« verliehen hätten. Er begründete seine »gute« Zusammenarbeit mit beiden Republiksregierungen auch mit dem Argument, dass er mit dem einen oder anderen Republikspräsidenten befreundet sei, »was absolut nicht unwichtig« sei. Das allein zeugt schon vom doch eher dubiosen Klima, in dem Kantićs Regierung zu funktionieren hat.

Milošević nach wie vor der »starke Mann«

Der vom neuen Ministerpräsidenten zur Schau gestellte Optimismus widerspricht der Ansicht des montenegrinischen Oppositionsführers Slavko Perović, des Präsidenten des Liberalen Bundes Montenegros: »Ich glaube, dass sich Herr Kantić zum ersten Mal in seinem Leben getäuscht hat. Er wird das nächste Opfer des Slobodan Milošević sein.« Perović ist überzeugt, dass Serbien nur deswegen der Verfassungsbestimmung, wonach gegebenenfalls ein Montenegriner Regierungschef zu sein hat, zustimmte, weil »das serbische Regime selbst einen souveränen serbischen Regierungschef hat, weshalb es keinen Bundesstaat braucht«.

»Weshalb wird nicht die serbische Verfassung abgeändert; weshalb wird diese nicht der Bundesverfassung angepasst?« fragt Perović. »Slobodan Milošević anerkennt den Bundesstaat gar nicht als eigenen Staat. Er kann es sich leisten ... Er hat sein Spiel schon mit Panić getrieben ...« Dieser war, wie Erinnerung, ein amerikanischer Geschäftsmann serbischer Herkunft, der ins Amt des ersten Ministerpräsidenten des »dritten Jugoslawien« eingesetzt wurde, um dann wegen »Ungehorsams« sechs Monate später einen Misstrauensantrag hinnehmen zu müssen, was Perović offenbar auch für Kantić erwartet.

Ränkespiele Serbiens

Dass solche Überlegungen und Vergleiche mit dem »Fall Panić« durchaus berechtigt sind, ergibt sich für viele auch aus dem Entscheid der serbischen Regierung knapp vor Beginn von Kantićs Amtsantritt, eine

ganze Reihe wirtschaftlicher Massnahmen zu verabschieden, die in die Bundeskompetenzen eingreifen. Die Tageszeitung »Borba« erinnert daran, dass dasselbe schon im Mai 1992 vor der Wahl von Milan Panić und dessen Regierung geschah und damit praktisch dessen Amtsausübung blockiert wurde.

»Die ganze Geschichte lässt vermuten, dass die Republiksregierung mit voller Absicht der Bundesregierung vorgegriffen hat, um ihr klar zu machen, was ihres Erachtens zu tun sei, um nicht zu sagen, ihr von vorneherein die Hände zu binden«, schreibt »Borba«. Im übrigen deutet sie darauf hin, dass, »sofern Kantić das gebotene Rezept nicht annimmt, es ihm passieren kann, dass er den besten Teil seines Mandats mit Zänkereien um Zuständigkeitsfragen verbringt«. Und sollte sich kein wirtschaftlicher Aufschwung einstellen, wie sich das die serbische Regierung vorstellt, so wird ihm, Kantić, die Schuld zugewiesen.

»Jugoslawien« weiterhin in der Sackgasse

Berücksichtigt man zudem die Tatsache, dass Serbien die gesamte Wirtschaft in »Dritt-Jugoslawien« in Händen hat, so ist die Befürchtung wohl berechtigt, dass die serbische Regierung mit ihren Massnahmen praktisch die Wirtschaft des ganzen Landes dirigiert. Daran hat wohl auch Kantić gedacht, als er erklärte, er nehme sich der Gestaltung der Bundesregierung »ohne Begeisterung« an.

Doch auch ohne dies hat der Ministerpräsident keinen Grund zur »Begeisterung«: ein durch Sanktionen blockiertes Land, von denen er selbst nicht erwartet, dass sie bald aufgehoben werden, und die sich selbst dann noch auswirken werden, wenn sie schon längst aufgehoben worden sind, der massive Rückgang der Produktion, die dieses Jahr kaum einen Viertel von dem wird erreichen können, was früher produziert wurde, eine Inflationsrate von schätzungsweise 300 Prozent im März, die laut Experteneinschätzung ein Jahresniveau von 100 Millionen Prozent (nein, das

ist kein Druckfehler!) erreichen wird, das alles sind nur die herausragendsten Kennzahlen, die derzeit das Leben prägen. Sie stellen die Regierung vor schwer lösbare Aufgaben.

Kantić auf verlorenem Posten?

Kantić verspricht denn auch nicht viel: »Es kann nicht die Aufgabe der Bundesregierung sein, die Hyperinflation unter den Verhältnissen des Embargos auf westeuropäischen Durchschnitt zu bringen, sondern sie nur so weit einzudämmen, um den wirtschaftlichen Zusammenbruch hinauszuzögern, beziehungsweise dafür zu sorgen, dass dieser Zusammenbruch erst nach Aufhebung der Sanktionen erfolgt.« Dementsprechend hat Kantić im Regierungsprogramm als erstes »die Rückführung des Landes in die internationale Gemeinschaft und die Anerkennung der Bundesstaatlichkeit« festgelegt. Erst danach wird eine wirtschaftliche Erholung möglich sein.

Vielleicht gerade wegen dieses Realismus und der Andeutung, dass sich der Schlüssel für den Ausweg nicht in seinen Händen, sondern sich bei denjenigen befindet, die verantwortlich sind für die Isolierung Jugoslawiens, wurde Kantić — im Gegensatz zu seinen Ministern — in der politischen Öffentlichkeit zwar mit Zurückhaltung, aber immerhin akzeptiert. Jedenfalls hat Kantić durchaus genügend Erfahrung im politischen Geschäft, nachdem er während 15 Jahren verschiedenen Regierungen angehört hatte — einmal als Präsident und als Vizepräsident Montenegros, zweimal als Minister und einmal als Vizeministerpräsident der Bundesregierung.

Ob er allerdings auch genügend Kraft aufbieten kann, um alle Anfechtungen und Probleme, die ihm bevorstehen, durchzustehen, ist eine andere Frage. Die Stellung Montenegros im jugoslawischen Kontext, die Zusammensetzung der Regierung, die Erkenntnis, dass die jetzige Notlage das Resultat der bisherigen Politik ist und dass er wohl wenig Einfluss auf die Politik hat, bieten ihm hier allerdings keine grossen Chancen. ■